**Handelskammer zufrieden
mit Budget, aber:**

Betriebe möchten noch weniger an Staat zahlen

Es ist langweilig, weil total vorhersehbar. Das Budget möge möglichst wenig Defizit ausweisen, die Ausgaben sollen langsamer wachsen als die Einnahmen. Weil der aktuelle Entwurf das tut, wird er gelobt, auch wenn 2028 in der mehrjährigen Vorschau die Einnahmen nur mehr 5,5 und die Ausgaben 5,4 Prozent wachsen sollen. Aber bis dahin ist noch lang.

Oder auch nicht. Denn für die Handelskammer ist es klar, daß schon 2026 24,3 Prozent der Lohnmasse als Pensionen ausbezahlt, aber nur 24 Prozent aus Beiträgen eingenommen würden. Und 2047 sei dann die Reserve von aktuell 27,4 Milliarden Geschichte. Das könnte sie schon viel früher sein, wenn es zum Platzen der Börsenblase kommt, denn viel zu viel ist dort »investiert«. Aber so was fürchtet die Handelskammer selbstverständlich nicht.

Sie fürchtet nur eine Erhöhung der Beiträge oder eine Erweiterung der Beitragsgrundlage. Dies mit der Behauptung, das schade der Wettbewerbsfähigkeit der Betriebe. Gemeint sind natürlich deren Profite, die nicht hoch genug sein können. Daher findet die Handelskammer es total normal, wenn ein wachsender Bevölkerungsanteil nicht mehr, sondern tunlichst sogar weniger Anteil am erwirtschafteten Reichtum erhalten soll. Und es solle dafür gesorgt werden, daß die Menschen nicht im Durchschnitt mit 60 in Pension gehen, wenn das Pensionseintrittsalter 65 ist. Natürlich gibt es niemanden in der Handelskammer, dessen Rücken mit 45 Jahren total ruiniert ist infolge schwerer körperlicher Arbeit, aber womöglich gibt es nicht nur bei der Stadt Luxemburg Leute, die eigentlich bis 65 weiterarbeiten wollten, das dann aber doch nicht tun, weil sie gemobbt wurden.

Mobbing ist übrigens auch eine der Ursachen für so manchen Krankenstand, was bei der Handelskammer »Absentismus« heißt und als Ursache des Krankenkassende-fizits bekämpft werden müßte durch das Nichtbezahlen des ersten Krankenstandtags und intensiver Kontrollen, die sehr wohl auch bei Grenzgängern möglich seien, wenn es politisch gewollt ist. Schön,

das würde zumindest Arbeitsplätze schaffen, bloß wird andererseits auch gefordert, es solle Schluß sein mit dem Anwachsen der Zahl der Staatsbediensteten.

Was sollen wir von einer Institution halten, die sich über teure Energiepreise und Inflation als Belastung der Betriebe beklagt, weil das zu höheren Lohnausgaben wegen dem Index führt, aber nicht in der Lage ist, ein Ende der Ursache zu fordern, nämlich der antirussischen Sanktionen? Es werden hingegen »geopolitische Risiken« infolge des »Ukraine-Kriegs« beklagt, die höhere Militär- und Rüstungsausgaben nötig machen. Wer Sparsamkeit im Budget einmahnt wird völlig ungaubwürdig, wenn er einer Explosion der Militärausgaben das Wort redet.

Die Staatsschuld wird zwar über 6 Milliarden zulegen von 2023 auf 2028, aber im Verhältnis zum Bruttoinlandsprodukt um ein halbes Prozent sinken, weshalb ja alles bestens ist.

Auf die subversive Idee, das Armeebudget wieder auf das Niveau von 2014 mit weniger als 200 Millionen zu drücken zugunsten von Pensions- und Gesundheitskasse kommt natürlich niemand, der von einer »Investition ins Militärbudget« spricht und die Regierung auffordert zu schauen, daß davon möglichst viel für Luxemburger Betriebe abfällt, ganz besonders viel im Bereich »dual use«. Frieden und Völkerfreundschaft kommt viel billiger als Aufrüstung und Krieg, werte Handelskammer! Ach ja, die freut sich gewaltig, daß die Betriebsbesteuerung um 1 Prozent gesenkt wurde, als ob noch irgendwer zum Nominalbetrag besteuert würde nach allen möglichen Abzügen für die entweder die betriebseigene Buchhaltung oder ein Steuerberater sorgt. Aber bei aller Freude setzt man noch eins drauf und fordert, das müsse in den Folgejahren weiter so nach unten gehen im Interesse der Wettbewerbsfähigkeit natürlich, während bitteschön beim Finanzplatz auf die 1,2 Milliarden der Abonnementstaxe verzichtet werden soll. Wie war das bitte mit dem Budget, das ins Gleichgewicht gebracht werden soll, zumindest mittelfristig?